

Stand: 12.01.2026 08:30:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5403

"Nächstes Griechenlandpaket ablehnen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5403 vom 25.02.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5480 vom 26.02.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Nächstes Griechenlandpaket ablehnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen,

1. dass dem neuen Griechenlandpaket nicht zugestimmt wird,
2. dass darauf hingewirkt wird, Griechenland die Möglichkeit zu geben, seine Währung beispielsweise durch Einführung einer Zweitwährung abwerten zu können, um wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Begründung:

Die Politik zur Rettung Griechenlands ist u.E. gescheitert. Der Plan „Finanzhilfen gegen Reformen“ geht nicht auf, wodurch die Haftungsrisiken mit jedem neuen Griechenlandpaket immer größer für die deutschen und bayerischen Steuerzahler werden. Mittlerweile ist eine Schwelle erreicht, in der sich auch die Gläubiger in eine prekäre Lage manövriert haben: Ein nachträgliches Eingeständnis, dass es Griechenland aufgrund mangelnder Wirtschaftsstärke und Wettbewerbsfähigkeit unter den Rahmenbedingungen des Euros nicht schafft, wäre eine Erklärung der politisch Verantwortlichen, dass die Eurorettungspolitik seit dem ersten Griechenlandpaket nicht nur teuer, sondern auch falsch war. Griechenland fehlte nämlich von Beginn an hauptsächlich die notwendige Wettbewerbsfähigkeit, um reif für die Eurozone zu sein. Das neue Griechenlandpaket muss zur weiteren Schadensbegrenzung abgelehnt und ein neuer Weg in der Griechenlandrettung durch die Möglichkeit der selbständigen Abwertung dieses Eurozonenmitglieds im Sinn unserer Steuerzahler eingeschlagen werden. Beispielsweise kann dies durch Einführung eines Zweitwährungssystems geschehen, durch das neben dem Euro eine zusätzliche eigene nationale Währung eingeführt wird. Denn es gibt durch das Vorgehen von Syriza und die ersten Amtshandlungen der neuen griechischen Regierung keine vertrauensvolle Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit mehr. Es fehlt auch eine überzeugende Aussicht, das Vertrauen der Kapitalmärkte unter diesen Bedingungen im notwendigen Maß und in der gebotenen zeitlichen Kürze zurückzugewinnen. So machte Syriza den Griechen zunächst unseriöse Versprechungen im Wahlkampf, die ersten Amtshandlungen in der Regierung bestanden darin, die südeuropäischen Länder gegen die Bundesrepublik Deutschland sowie andere stabilitätsorientierte Länder in Stellung zu bringen. Die aktuellen Zusicherungen und Einnahmehoffnungen der griechischen Regierung sind zudem nicht zufriedenstellend. Die IWF-Chefin Christine Lagarde stellte entsprechend fest, dass klare Zusicherungen fehlten, die ins Auge gefassten Reformen auch umzusetzen. Es bleibt aber nicht nur bei vagen und schwammigen Formulierungen sowie fehlenden konkreten Aussagen über die Form der Umsetzung der Vorhaben auf der Reformliste, sondern auch die Finanzierung der Pläne und des griechischen Haushalts ist angesichts unerwartet niedriger Steuereinnahmen und den über 76 Mrd. Euro Rückständen von säumigen Steuerzahlern in Griechenland mehr als fraglich.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/5403

Nächstes Griechenlandpaket ablehnen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Dr. Linus Förster

Abg. Thomas Mütze

Abg. Florian von Brunn

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Jetzt kommen wir zum nächsten Dringlichkeitsantrag:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr.

Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Nächstes Griechenlandpaket ablehnen! (Drs. 17/5403)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Aiwanger. Bitte schön, Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Morgen wird im Bundestag wohl das nächste Griechenland-Geld freigegeben, altes Geld vom alten Paket. Wir sehen es trotzdem als Finanztranche, die es wert ist, darüber zu diskutieren; denn irgendwann wurde beschlossen, die bekommen einen gewissen Finanzbetrag, jetzt sind noch siebenkommaetwas Milliarden Euro in der Pipeline. Diesen Betrag bekommen die Griechen nur, wenn sie schön brav sind und endlich das tun, was man ihnen abverlangt, zumindest wenn sie es versprechen.

Hier liegt der Knackpunkt; denn wir sind jetzt an einem Punkt angekommen, wo auch der letzte Optimist sehen müsste, dass dieses ständige "Weiter so" in eine Sackgasse führt und wir in Griechenland aufgrund der Politik der letzten Jahre mittlerweile eine Links-Rechts-Regierung und eine Polarisierung der politischen Öffentlichkeit haben. Trotzdem wird die Not immer größer. Obwohl wir seit Jahren zu retten versuchen, steigt die Arbeitslosigkeit. Griechenland hat über 50 % Jugendarbeitslosigkeit und über 25 % Arbeitslosigkeit querbeet. In Griechenland ist mittlerweile ein Schuldenberg von rund 300 Milliarden Euro aufgehäuft worden mit einer jährlichen Zinslast von rund 15 Milliarden Euro. Dabei ist die Wirtschaftskraft nicht einmal halb so groß wie die Bayerns. Das ist, als hätte Bayern jedes Jahr eineinhalb Landesbanken zu verfrühstücken und abzuarbeiten. 15 Milliarden Euro nur für Zinsen, sonst nichts! Dass das nicht mehr lange gut geht, hätte man schon lange merken müssen. Aber der Blick in den

Rückspiegel hilft leider nichts. Wir müssen nach vorne schauen, wo die Wand ist. Auf diese Wand rasen wir genauso munter zu wie in den letzten Jahren. Morgen werden wohl weitere Mittel freigegeben. Vielleicht sagt der Herr Ministerpräsident nachher noch ein paar Worte; denn er war wohl in Berlin, wo darüber diskutiert wurde.

Man droht und sagt: Ihr müsst jetzt endlich tun, was wir sagen; wenn ihr es versprecht, sind wir zur Not schon mal zufrieden. – So können wir nicht weitermachen. Wir sagen ganz klar: Dieses Land wird noch weiter im Elend versinken, wenn die einzige Zielsetzung ist, die Zinsen der alten Kredite zu bedienen. Dafür bekommen die Griechen frisches Geld. Wir nehmen also unser eigenes Geld aus der linken Tasche, zahlen damit die eigenen Zinsansprüche gegen Griechenland und sagen: Siehst du, kommt ja doch Geld. - Der Schuldenberg wird immer höher. Deutschland haftet mit rund einem Drittel dieser Mittel. Wir kommen nicht vorwärts. Deshalb hier die klare Aufforderung, über Alternativen nachzudenken. Das hätte längst geschehen müssen.

Wir erneuern trotzdem unseren Vorschlag, den wir bereits seit 2012 machen: Biete den Griechen Hilfe an und unterstütze sie dabei, neben dem Euro als Zweitwährung die Drachme wieder einzuführen, sodass Griechenland seinen innerstaatlichen Zahlungsverkehr aufrechterhalten kann, damit es nicht mehr auf EZB-Mittel angewiesen ist und wir kein frisches Geld mehr rüberschaufeln müssen. Das ist die einzige Chance. Das ist auch ein Vorschlag des Chefvolkswirts der Deutschen Bank, Thomas Mayer, also keine private Erfindung von mir. Von vielen Bankexperten wird angeregt: Gib denen eine eigene Währung, sodass sie abwerten und wettbewerbsfähig werden können, damit die Millionen Arbeitslosen wenigstens in der Tourismusbranche oder vielleicht auch in minderqualifizierten Bereichen, etwa in der Landwirtschaft, arbeiten können, um dort ein bisschen etwas zu erwirtschaften und etwas beizutragen, ohne für diesen Arbeitsmarkt zu teuer zu sein, der nur über den Euro läuft.

Damit haben wir einen Ausweg aufgezeichnet, die Griechen wieder mit einer eigenen Währung und mit Wettbewerbsfähigkeit auszustatten, damit sie vielleicht wieder ein paar Mittel zurückzahlen. Aber bitte morgen nicht wieder die Hand für die nächsten

Milliarden Euro heben. Deutschland wird wieder Pi mal Daumen mit rund einer Milliarde Euro haften, wenn man den Drittelanspruch aus den EZB-Mitteln bzw. aus dem Rettungsschirm herausrechnet. Einem Drogensüchtigen immer neue Drogen zu verabreichen, wäre der gleiche Weg.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir müssen aus dieser Nummer irgendwann raus, sonst wird diese Nummer immer teurer, sonst wird der Patient immer kränker und der Hass auf uns immer größer. Mittlerweile hat die Not einen Grad erreicht, bei dem wir politisch mit allem rechnen müssen. Ich will mir nicht ausmalen, was los wäre, wenn wir in Deutschland eine solche Arbeitslosigkeit hätten.

Ich appelliere also an die Vernunft der Staatsregierung, den Weg der Zweitwährung anzugehen. Die Forderung "Schmeiß' sie hinaus!" hört sich so locker an. Man kann niemand hinauswerfen. Wenn die Griechen freiwillig gehen, tun sie es; wenn sie nicht gehen, gehen sie eben nicht. Ich würde diesen Schritt noch nicht vollziehen; denn der Schritt dazwischen, der nicht so weh tut, ist die Zweitwährung. Dieser Schritt ist vielleicht sogar zielführender und wirbelt nicht so viel Staub auf. Aber "Weiter so" ist auf alle Fälle der falsche Weg. Deshalb ist unser klarer Antrag an Sie, morgen wenigstens als CSU nicht die Hand dafür zu heben. Sonst hätten Sie am Aschermittwoch die Backen aufgeblasen, ohne dann zu pfeifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Aiwanger. – Unser nächster Redner ist Herr Kollege Weidenbusch. Bitte schön.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich haben wir alle mitbekommen, wie sich die Dinge in Griechenland entwickeln. Die Wahlversprechen, die die Partei von Herrn Tsipras gemacht hat, laufen diametral

dem zuwider, was die Europäische Union von Griechenland erwartet. Das ist nicht unbedingt vertrauensfördernd.

Die erste Regierungserklärung der griechischen Regierung hat praktisch gelautet, dass man die Reformen zurückdrehen und Geld ausgeben will, das man nicht hat. Auch das ist für uns Anlass, die Dinge kritisch zu sehen.

Der neue griechische Finanzminister Varoufakis hat in der Folge Herrn Dijsselbloem von der Troika praktisch hinausgeschmissen. Abgesehen davon, dass das vom Stil und vom Auftritt her nicht in Ordnung war, ist ein solches Vorgehen dazu geeignet, in ganz Europa das Vertrauen der Menschen zu enttäuschen, dass sich die Dinge bessern.

Wir haben nun zusätzlich die Situation, dass in Griechenland praktisch eine linksextremistische mit einer rechtspopulistischen Gruppe zusammenarbeitet. Ich kann mich erinnern: Als Wolfgang Schüssel mit der FPÖ koalitiert hat, hat sich die EU zwei Monate geweigert, mit ihm zu sprechen. Das ist eine interessante Reaktion. Wenn irgendwelche Linksextremisten mit Rechtspopulisten zusammengehen, kann man auch am nächsten Tag miteinander reden. Wir haben als CSU auch in Richtung Brüssel durchaus einen kritischen Blick. Uns entgehen solche Dinge nicht.

Sie kommen als FREIE WÄHLER in dieser Situation zu dem Ergebnis: Jetzt ist es genug, wir machen nichts mehr.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau!)

Herr Aiwanger, das Schöne und Positive an Europa ist, dass wir hier Dinge, wie sie früher an der Tagesordnung waren, überwunden haben, miteinander sprechen und dadurch Auseinandersetzungen, insbesondere auch kriegerische Auseinandersetzungen, vermeiden. Kriege sind in den vergangenen Jahrhunderten dadurch zustande gekommen, weil sich rücksichtslose Populisten in unterschiedlichen Ländern mit ihrer Position durchgesetzt haben und die Länder dann aufeinander losgegangen sind.

Deshalb ist es notwendig - und das hat ganz Europa erkannt -, dass man solche Auseinandersetzungen vermeidet, indem man vorher alle Möglichkeiten ausschöpft, die es gibt.

Wo stehen wir jetzt? - Griechenland hat demokratisch gewählt. Uns mag das Ergebnis dieser Wahl nicht gefallen, aber es ist das Ergebnis einer demokratischen Wahl. Wir sind aufgefordert, uns mit demokratischen Wahlergebnissen qualifiziert auseinanderzusetzen und nicht in Kurzschlussreaktionen zu handeln.

(Beifall bei der CSU)

Die griechische Regierung hat am 20. Februar erklärt, dass sie die begonnenen Reformen - - Sie haben ausgeblendet, dass in Griechenland viel passiert ist. Es wurden diverse Reformen und auch deren Umsetzung begonnen, unter anderem mit bayerischer Hilfe. Wenn Sie einmal hinfahren würden, könnten Sie sehen, dass dort mittlerweile Dinge funktionieren, die es vor drei Jahren noch nicht gegeben hat. Ein Beispiel dafür ist das Katasteramt.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wann waren Sie das letzte Mal dort?)

– Ich war das letzte Mal im August dort. Wann waren Sie das letzte Mal dort?

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Wann waren Sie das vorletzte Mal dort? – Wo?

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Überall!)

– Überall! Na, das sind Antworten.

(Beifall bei der CSU)

Wissen Sie, das ist das Problem mit den Populisten. Sie stellen irgendwelche Forderungen auf. Dann treffen sie auf die harte politische Realität, und dann passt es nicht zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Wissen Sie, wenn Sie sich dann in der Diktion Ihres Antrags eigentlich nur bei den Rechtsextremen in Frankreich, bei Le Pen, wiederfinden,

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

dann müssen Sie sich doch auch die Frage stellen, - -

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, wollen Sie sich wirklich unbedingt neben Frau Le Pen stellen und die einzigen in Europa sein, die diese Position vertreten?

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN – Unruhe)

Da stehen Sie! Da stehen Sie! Sie stehen bei Le Pen.

(Beifall bei der CSU)

Überdenken Sie doch Ihre Position! Sie können sich doch bei dieser Frau nicht wohlfühlen.

(Zurufe – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Blöder geht es nicht mehr! Blöder geht es nicht mehr, Herr Weidenbusch! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Herr Aiwanger, Sie sind nicht - -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Aiwanger, ich denke, "blöder geht es nicht mehr" können wir wirklich nicht mehr als parlamentarischen Ausdruck durchgehen lassen, aber - -

Ernst Weidenbusch (CSU): Ja, das ist doch kein Problem, Herr Aiwanger hat - -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich denke, Herr Weidenbusch hält viel aus, aber vielleicht sollten wir zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückfinden.

(Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Jetzt hat Herr Weidenbusch das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): *Die* Le Pen, Herr Aiwanger! Nichts verwechseln! Es ist immer gut, wenn man weiß, wovon man spricht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Frau Le Pen, Frau! Nicht Herr!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie hatte einen Vater, der hieß genauso!)

Herr Aiwanger, nachdem Sie sich eigentlich genauso benehmen wie Herr Varoufakis, wundere ich mich, dass Sie mit ihm solche Probleme haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Dem fehlt eigentlich auch die Grunderziehung, der Umgang miteinander, die vernünftige Wortwahl. Sie müssten diesen Mann doch eigentlich gut verstehen. Wieso gehen Sie mit einem Antrag gegen ihn vor?

(Beifall bei der CSU)

Die Griechen haben am Freitag zugesagt, dass sie die Reformen weiterführen, dass sie die Versprechen aus dem Wahlkampf nicht umsetzen können, und sie haben am Dienstag eine Liste vorgelegt, was sie weiterhin tun wollen. Natürlich hätten wir uns, ich glaube, jeder hier, gewünscht, dass diese Liste an mancher Stelle noch etwas kon-

kreter wäre, dass zum Beispiel die Privatisierungsversprechen dort deutlicher drinstünden und nicht nur in einem Nebensatz. Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass der Zeitplan und die finanziellen Auswirkungen klarer kommen. Man darf aber die Anforderungen an eine neue Regierung auch nicht überspannen.

Letztendlich geht es darum, dass wir jemandem vier Monate länger Zeit geben, wenn er auf dem Weg dorthin alle Versprechen einhält. Wenn er die Versprechen nicht einhält, hat er genau vier Wochen Zeit. Das Risiko sind 1,8 Milliarden Euro. In ganz Europa den Konsens aufs Spiel zu setzen wegen eines Risikos von 1,8 Milliarden Euro, wenn ein ganzes Land so gewählt hat, ist einfach keine moderne Politik. Da sind Sie noch nicht in Europa angekommen. Da befinden Sie sich noch in den Nationalstaaten des späten 19. Jahrhunderts.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass Lautstärke Argumente nicht ersetzt?

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mich acht Minuten hingesezt und mir Mühe gegeben, zu hören und zu verstehen, was Sie sagen. Sie sitzen jetzt die ganze Zeit hier und schreien nur dazwischen. Ich hoffe, Sie haben das Talent, gleichzeitig schreien und zuhören zu können.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

- Was ist denn eine Beleidigung?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen! Ich darf doch darum bitten - -

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Aiwanger, wenn Sie mir zuhören - -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen! Einen Moment bitte, auch Herr Weidenbusch. Ich darf darum bitten, hier keinen Dialog zu führen. Sie können sich nachher ja wieder zu Wort melden. Im Moment hat der Kollege Weidenbusch das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Aiwanger, um das Missverständnis auszuräumen: Ich habe nebeneinander gestellt, was Frau Le Pen sagt und was Sie sagen. Das ist wörtlich identisch. Das ist keine Beleidigung, sondern Sie müssen sich die Frage stellen, wo Sie stehen, wenn Sie dasselbe sagen wie Frau Le Pen.

(Beifall bei der CSU)

Da beleidigen Sie sich selber, und daran ändern auch Ihre Zwischenrufe nichts, sie ändern nichts. Sie stehen mit diesem Antrag und Ihrer heutigen Wortmeldung in Europa ganz rechts außen. Sie müssen vor dem Spiegel prüfen, ob Sie dort hingehören. Stellen Sie das hier klar, wenn es anders ist.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Herr Kollege Weidenbusch, ich bitte Sie, noch hier zu bleiben. Wir haben eine Zwischenbemerkung. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Pohl gemeldet. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Weidenbusch, ich weiß nicht, ob angesichts der Dimension dieses Themas Ihre Wortwahl bei diesem Redebeitrag die richtige war. Wenn Sie uns auf diese Stufe stellen, dann

können Sie das mit den Kollegen Bosbach und anderen aus dem Deutschen Bundestag auch tun, die diesem Paket ebenfalls nicht zustimmen werden.

Wenn man hier Vergleiche zwischen rechtsextremen und demokratischen Politikern ziehen möchte, dann könnte man auch das "Weltsozialamt" nehmen. Also bitte, ich denke, es sollte hier bei diesem wichtigen Thema doch etwas sachlicher zugehen.

(Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wie war das mit "Lautstärke ersetzt nicht Argumente?" – Eine Frage möchte ich hier jetzt schon einmal in den Raum stellen. Ist es wirklich das richtige Zeichen, dass man dieser Regierung aus Links- und Rechtsextremen Zugeständnisse macht und damit all jenen ins Gesicht schlägt, die sich in Südeuropa harten Sparauflagen unterworfen haben, die seriös gearbeitet haben? Glauben Sie nicht, wenn wir jetzt diese Regierung durch neue Pakete stützen, dass das die Aufforderung auch an die Menschen in anderen Ländern sein wird, Parteien zu wählen, die sagen: "Schluss mit Sparen! Was kostet die Welt? Ich gebe das Geld aus, und bluten müssen dann Länder wie Deutschland, die das Geld zur Verfügung stellen sollen"?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Weidenbusch, bitte schön.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Pohl, ich nehme an, Sie haben die Vereinbarung vom Freitag, die Liste, die die Griechen am Dienstag abgegeben haben, und die Forderungen der Bundesregierung dazu detailliert gelesen. Ich sage Ihnen deswegen ganz deutlich: Es gibt keine Zugeständnisse im Vergleich zu vorher. Es wird ein bereits bestehendes, verhandeltes Paket gegenüber einer neuen Regierung um vier Monate verlängert. Es gibt nichts anderes als bisher. Vor diesem Hintergrund geht das, was Sie jetzt gesagt haben, leider völlig ins Leere.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, lernen Sie doch einmal zuzuhören, dann lernen Sie auch etwas dazu.

(Beifall bei der CSU)

Wir geben das Geld, das bereits seit Monaten vereinbart ist, gegenüber einer neuen Regierung frei – das ist der ganze Unterschied –, und das ohne jedes neue Entgegenkommen.

Ich sage es noch einmal: Wenn Sie die Formulierungen der französischen Ultrarechten

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nennen Sie die Formulierung! Nennen Sie die Formulierung!)

übernehmen, dann müssen Sie sich auch vorhalten lassen, dass Sie damit mit Frau Le Pen in derselben ganz rechtsextremen Ecke in Europa stehen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Unser nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Förster. Bitte schön.

Dr. Linus Förster (SPD): Lieber Herr Kollege Aiwanger, auf die Gefahr hin, dass Sie gleich wieder hochgehen und laut werden: Wir von den Sozialdemokraten haben uns auch gefragt, wie schlimm es um die FREIEN WÄHLER stehen muss, dass sie einen solchen Antrag einbringen.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je, oh je!)

Wir haben uns natürlich überlegt: Vielleicht gibt es einen Grund für eine solche Art organisierter Verantwortungslosigkeit in einem solchen Antrag.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann zahlt weiter!)

Vielleicht hat Ihnen Dr. Fahn berichtet, dass wir in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen einen Antrag der CSU behandelt hatten, den wir auch etwas seltsam fanden, der die Staatsregierung aufgefordert hat, sich für die vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen und Reformen in Griechenland einzusetzen. Dieser Antrag war aber geschickter gemacht. Auch darin werden bestimmte populistische Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt, aber so geschickt, dass man darüber ordentlich verhandeln kann, auch wenn ich – entschuldigen Sie, Herr Finanzminister, dass ich das so sage – schon etwas Angst bekommen habe, weil ich gedacht habe, dass Ihre Partei glaubt, Herr Schäuble brauche Ihren expliziten Rat, weil Sie ihm sonst nicht vertrauen würden.

Unsere Überlegung war: Vielleicht stellen Sie diesen Antrag, um die CSU in die Breddouille zu bringen, fordern eine namentliche Abstimmung und erwarten, dass die CSU Ihrem Antrag folgt. Dann hätten Sie ihn aber anders formulieren müssen, nicht in dieser seltsamen Art und Weise. Wir neigen eher dazu anzunehmen, dass die FREIEN WÄHLER meinen, dass, wenn es rechts von der CSU eine Partei geben sollte, dies in Bayern nicht die Pegida-Bewegung sein soll, sondern die FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Große Koalition!)

Man kann die Europäische Union und die damit verbundene Währungsunion für gut oder schlecht halten – Fakt ist, dass sie existiert. Wenn wir nicht wollen, dass sie an sich scheitert, müssen wir schwachen Staaten wie Griechenland auch helfen. Ich meine, Herr Kollege Aiwanger, auch wenn Ihnen die persönlichen Belange der meisten Griechen relativ egal sind und was dabei herauskommt,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die nächste Gemeinschaft!)

sollten Sie sich einmal überlegen, was Sie so flapsig-falsch versucht haben, hier im Plenum zu sagen. Griechenlands Schulden sind inzwischen bis zu 90 % Schulden bei anderen EU-Staaten, auch bei uns Deutschen. Wenn Sie genauso wenig wie wir oder

die CSU einen Schuldenschnitt zulasten der Steuerzahler wollen, sollten Sie daran interessiert sein, die Problematik Griechenlands anderweitig zu lösen;

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit einer Zweitwährung!)

denn bei einer erneuten Ablehnung der Gelder für Griechenland bekommen Sie Ihr Geld sicher nie wieder zurück. – Sie sagen hier "Zweitwährung". Damit verhält es sich in etwa so wie bisher mit den Kreditkosten. Griechenland musste fast das Zehnfache an Zinsen zahlen als zum Beispiel Unternehmer in Deutschland. Deswegen sind einige Reformen in Griechenland auf den Weg gebracht worden. Es ist nicht so, dass in Griechenland nichts passiert ist. Die IfG wurde zur Unterstützung des griechischen Mittelstands gegründet, damit Unternehmer an günstigere Kredite kommen. Privatisierungen wurden vorangetrieben. Es ist nicht so, dass nichts passiert wäre, Herr Kollege Aiwanger. Lassen Sie mich feststellen, dass die Griechen bislang alle Kredite, die sie entsprechend der Margen bekommen haben, zurückgezahlt haben. Von den 240 Milliarden Euro des letzten Rettungspaketes

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit neuen Krediten die alten Zinsen zahlen!)

sind nur 11 % in Griechenland gelandet, der Rest ging in die Schuldentilgung. Obwohl dem Land nur lächerliche 11 % geblieben sind, hat es Griechenland dennoch geschafft, einen Primärüberschuss zu erzielen. Deswegen, lieber Herr Kollege Aiwanger und liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN: Geben Sie den Griechen die Chance – wir geben ihnen die Chance -, im Rahmen dessen, was vereinbart worden ist, weiter zu verhandeln. Sie sprechen von Seriosität, machen aber flapsige Bemerkungen über Drogensucht etc. und arten in Polemik aus. Lassen Sie uns vernünftig darüber reden.

Die auslaufenden Hilfsprogramme sollen jetzt erneut mit dem Ziel verlängert werden, die letzte Programmüberprüfung erfolgreich abzuschließen und die Mittel innerhalb der vereinbarten Programmbedingungen – das ist nämlich das Wichtige, worauf auch die Kollegen von der CSU verwiesen haben – bestmöglich zu nutzen. Das soll ge-

meinsam mit den Institutionen, wie man die Troika jetzt bezeichnet, durchgesetzt werden. Ich meine, wir sollten diesen Weg – Kollege Weidenbusch hat es ausgeführt – im Rahmen dessen gehen, was vorgegeben und verhandelt wurde.

Lassen Sie mich zur Wahl der Syriza-Regierung etwas sagen. Fragen Sie Insider. Wir haben zum Beispiel gestern Abend bei der Veranstaltung "Eurospektiven", die wir im Bayerischen Landtag immer durchführen,

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

mit Leuten gesprochen, sowohl mit anwesenden Griechen, aber auch – das war uns wichtig und für uns ausschlaggebend - mit der Fachfrau Christiane Schlötzer von der "Süddeutschen Zeitung", die die ganze Zeit über in Griechenland war und berichtet hat. Sie hat gesagt, dass im Rahmen der sozialen Möglichkeiten die Wahl der Regierung keine links- oder rechtsextreme Entscheidung gewesen ist, sondern eine Entscheidung gegen die Korruption des alten Systems war. Das war eine Entscheidung hin zu vertretbaren Reformen mit der realen Chance, nicht, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, ein Bekenntnis gegen die EU oder – diese Formulierung in Ihrem Antrag fand ich unterirdisch – gegen die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Sprachstil, den wir hier nicht unbedingt brauchen. Solche Feindbilder brauchen wir nicht aufzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das schon nicht aus einem Solidaritätsgedanken heraus machen wollen, dann seien Sie wenigstens angesichts des bayerischen Steuerzahlers so vernünftig und nehmen Sie diesen unsäglichen Antrag zurück; denn Ihr Geld, liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, sehen Sie ganz sicher nicht wieder, wenn wir die Griechen aus der EU entlassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zahlt weiter! Der Steuerzahler hat ja noch etwas!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, ich gebe bekannt, dass die FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung über ihren Antrag beantragt haben.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Weidenbusch hat doch gesagt, wir sollen das machen!)

Unser nächster Redner ist Herr Kollege Mütze. Bitte schön, Herr Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, Sie müssen sich nicht wundern, dass der Gegenwind groß ist, wenn Sie einen solchen Antrag schreiben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich finde es frappierend, dass die Partei, die Haushaltspolitik als das Formulieren von Milliardenanträgen ohne Gegenfinanzierung versteht,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Für das eigene Land und für die eigenen Bürger! Für die eigenen Kommunen!)

die sich brüstet, "wir tun etwas", indem sie große Zahlen auf das Papier schreibt, auf Griechenland schimpft. Das finde ich bodenlos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Aiwanger, wie pleite wäre Bayern, wenn der Landtag all Ihren Haushaltsanträgen zugestimmt hätte? – Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen und die Ihr Antrag herausfordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nun zum Thema. Eine Pleite Griechenlands wäre natürlich nicht nur für Griechenland ein Problem – sie wäre für die EU, für alle Partner in der EU und natürlich auch für uns ein Problem, die wir wirtschaftliche Verknüpfungen mit den Griechen haben. Griechenland liegt nicht irgendwo. Griechenland gehört zur EU und ist damit von uns auch solidarisch zu behandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Antrag der FREIEN WÄHLER geht in die völlig falsche Richtung. Zum einen geht es inhaltlich um die Verlängerung eines bestehenden Paketes. Das ist in Ihrem Antrag falsch formuliert. Das ist Nummer 1.

Nummer 2 betrifft die Annahme, dass Griechenland mit einer Weichwährung plötzlich wettbewerbsfähig wird. Wer das annimmt, irrt. Womit soll Griechenland denn wettbewerbsfähig werden?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Tourismus! Landwirtschaft! Etwas anderes haben sie nicht mehr!)

Griechenland braucht Investitionen, um überhaupt wettbewerbsfähig werden zu können. Dafür braucht es Geld. Dieses Geld wird der Bundestag morgen genehmigen.

Ob Griechenland seine Staatsschulden jemals zurückzahlen kann? – Ich wage dies zu bezweifeln. Aber auch die Bundesrepublik, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat Schulden, nämlich 2 Billionen Euro Staatsschulden. Wann diese zurückgezahlt werden, wissen wir auch nicht. Sicher ist aber, dass Griechenland seine Schulden, die in Euro laufen, mit einer Weichwährung nicht zurückzahlen kann. Also beißt sich die Katze in den Schwanz.

Die bisherigen Reformen unter den alten Regierungen haben die Inlandsnachfrage in Griechenland plattgemacht und große Teile der Bevölkerung in die Armut getrieben – ich nenne als Stichworte Jugendarbeitslosigkeit, Verarmung von Rentnern und Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung. Und das in der Europäischen Union, liebe

Kolleginnen und Kollegen! Das ist sicher kein Erfolg, sondern eine Katastrophe. Das Wahlergebnis spricht Bände. Deswegen wird es eine Fortsetzung dieser Politik nicht geben, davon gehen wir aus; denn mit einer Fortsetzung kommt Griechenland nicht auf die Beine. Die Vorhaben der neuen Regierung, also die Erhöhung der Einnahmen, die Erhöhung der Reichensteuer, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der Korruption sowie gleichzeitig die Linderung der sozialen Not im Lande, halten wir für den richtigen Ansatz.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Lieber Herr Kollege Aiwanger, ob die Regierung in der Lage ist, diese Vorhaben auch umzusetzen, werden wir sehen. Dafür müssen wir ihr aber auch Zeit geben. Wir müssen dieser neuen Regierung zumindest eine Zeit von vier Monaten zugestehen. Danach müssen wir neu entscheiden. Die neue Regierung ist zumindest die erste, deren Mitglieder nicht aus der korrupten Elite des Landes kommen, die bisher regiert hat. Wir müssen dieser Regierung diese Chance geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gilt aber auch, dass es eine finanzielle Unterstützung nicht ohne Kontrollen geben kann. Der – in Anführungszeichen – "Rausschmiss" der Troika war natürlich ein Kontrapunkt, der uns nicht gefallen kann. Es wird jedoch eine Überprüfung und eine Kontrolle unter einem neuen Namen geben; da sind wir uns sicher. Die Verlängerung der Hilfen für Griechenland ist der richtige Weg für Griechenland, für Deutschland, für Bayern und für Europa. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen diesen populistischen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Mütze. Bitte bleiben Sie noch am Pult. Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Mütze, bei den Haushaltsberatungen standen die GRÜNEN meistens allein. Das sollte Ihnen aufgefallen sein. Soviel dazu. – Jetzt zu diesem Dringlichkeitsantrag: Ich habe Ihren Worten entnommen, dass in Griechenland eine linksextreme Regierung unter Beteiligung von Rechtspopulisten die Macht übernommen hat. Sehen Sie das als Blaupause und Vorbild für andere Länder in Europa an?

Ein zweiter Punkt. Ist es richtig, dass die GRÜNEN Zugeständnisse für Griechenland wollen? Sollen wir dieser Regierung auch noch entgegenkommen und das befördern, was sie im Wahlkampf unverantwortlicherweise versprochen hat?

Ein letzter Punkt. Herr Professor Dr. Kirchhof ist sicherlich nicht einer Ihrer Parteigänger, aber ein sehr seriöser und ernstzunehmender Experte und Fachmann. Kirchhof sagt, dass die Kredite für Griechenland sittenwidrig seien, weil man von vornherein wisse, dass sie nicht zurückgezahlt würden. Deswegen meine letzte Frage: Sind wir als deutsche Politiker denn nicht dem deutschen Steuerzahler gegenüber verantwortlich? Haben wir denn nicht dem deutschen Steuerzahler Rechenschaft zu geben? Gehen wir hier denn nicht leichtfertig mit Geld um, das wir treuhänderisch für die Bürger verwalten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Mütze, bitte.

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Kollege Pohl, natürlich sind wir die Treuhänder dieser Mittel, die uns die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler an die Hand geben. Deswegen setzen wir uns für Kontrollen ein, wie das Geld ausgegeben wird und wie die Maßnahmen umgesetzt werden, die sich die neue Regierung vorgenommen hat. Wir halten es für richtig, Vertrauen in diese neue Regierung zu haben, auch wenn sie eine Links-Rechts-Regierung ist. Die griechischen Wählerinnen und Wähler haben sich gegen die Korruption entschieden. Ich denke, das war die richtige Entscheidung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Mütze, bitte bleiben Sie noch am Pult. Wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Kollege Mütze, ich stimme Ihren Ausführungen im Wesentlichen zu. Mich hat nur die letzte Bemerkung zur Troika etwas irritiert. Ich würde gerne wissen, wie Sie die Arbeit der Troika in Griechenland beurteilen, da Sie die Kontrolle offensichtlich für wichtig halten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Es wird auf jeden Fall eine neue Kontrolle geben. Das sind die ersten Signale. Die Troika heißt jetzt nicht mehr "Troika"; sie hat einen anderen Namen und besteht aus anderen Personen. Aber die Überprüfung und die Kontrolle wird bleiben. Wir halten diese Kontrolle auch für nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Mütze. Jetzt sind Sie entlassen. – Als Nächster hat sich Herr Staatsminister Dr. Söder zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Abgesehen davon, dass diese Debatte zunächst einmal im Bundestag und nicht im Landtag geführt werden muss, geht es dabei um eine ernste Sache. Natürlich bewegt diese Frage die Deutschen sehr stark, nicht nur die Steuerzahler, sondern auch diejenigen, die sich um die Zukunft Europas Gedanken machen. Weil es um eine ernste Sache geht, sollte man hier nicht taktisch oder mit heißem Herzen entscheiden, sondern mit Vernunft. Meine Damen und Herren, Deutschland muss an dieser Stelle in Europa Verantwortung übernehmen. Es muss seiner Verantwortung gerecht werden. Ich bitte deshalb darum, zunächst einmal zu

überlegen und die Fakten genau zu sortieren; denn die Diskussion läuft immer entweder in die Richtung "die armen Griechen" oder "die bösen Griechen". Lassen Sie uns die Fakten sortieren.

Fakt eins: Schuld an der Situation in Griechenland ist ausschließlich Griechenland selbst.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Griechenland hätte nicht in die Eurozone aufgenommen werden dürfen. Damals wurde bei den Zahlen gemogelt. Ich weise darauf hin: Die einzige Partei, die damals gegen die Aufnahme Griechenlands gestimmt hat, war die Christlich-Soziale Union.

(Beifall bei der CSU)

Griechenland hat seine Schulden selbst gemacht. Griechenland hat keine effektive Verwaltung, ob es um die Steuerverwaltung, die Liegenschaftsverwaltung oder die Wirtschaftsverwaltung geht. Die Löhne und die Renten waren zu hoch. Während Deutschland in den Jahren der Krise maßvolle Löhne eingeführt hat, sogar Reallohnverluste hatte, hat Griechenland das Gegenteil getan: Obwohl die Produktivität sank, wurden dort die Löhne erhöht. Beahlt wurde dies mit Schulden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war falsch! Die Bezeichnung "armes Griechenland" stimmt also nicht.

(Beifall bei der CSU)

Fakt zwei: War bislang alles falsch, was Europa getan hat? – Vor zwei bis drei Jahren gab es schon einmal eine Diskussion darüber, was der richtige Weg zur Stabilisierung der Währung sei. Hier gab es zwei unterschiedliche Modelle. Nach dem ersten Modell sollte die Schuldensituation in Europa dadurch gelöst werden, dass die Schulden der anderen Länder einfach ausgeglichen werden sollten. Alle Schulden sollten zusammengelegt und in irgendeiner Form geteilt werden. Es sollten dazu gemeinsame Anleihen, die Eurobonds, geschaffen werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das machen wir momentan!)

Am Ende sollte die Schuldenlast so verteilt werden, dass sie für alle halbwegs erträglich ist. Das wäre ein Einstieg in eine Schuldenunion und in eine Transferunion gewesen. Das hätte nichts anderes bedeutet, als dass der Länderfinanzausgleich auf die europäische Ebene übertragen worden wäre. Das wollten viele. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das verhindert; und das war richtig!

(Beifall bei der CSU)

Stattdessen wurde schließlich ein gemeinsam getragenes Modell eingeführt, nämlich Geld gegen Reformen, ESM und Fiskalpakt. Jeder, der heute vorschnell sagt, dieses Modell hätte nicht funktioniert und sei gescheitert, wird durch die ökonomischen Fakten widerlegt. Wir haben in den letzten Jahren in Europa eine Stabilisierung erreicht. In einigen Staaten, denen man das in Deutschland nie zugetraut hätte, hat dieses Modell Erfolge gezeigt. In Ländern wie Irland, Spanien und Portugal wurden damit sogar Wahlen gewonnen. Meine Damen und Herren, hätten wir damals einfach Geld gezahlt, ohne Reformen einzufordern, wäre die Eurozone heute schwächer. Deshalb sage ich: Das Modell, das Deutschland, die Unionsfamilie und die Bayerische Staatsregierung gemeinsam vertreten haben, war bisher erfolgreich. Das sei hier einmal angemerkt!

(Beifall bei der CSU)

Fakt drei: Wie schlecht geht es Griechenland, und was hat die neue Regierung angekündigt? – Nun, die neue Regierung ist gewählt, und es gilt, ihr Respekt entgegenzubringen. Wobei Respekt vor Wahlen bedeutet, dass nicht nur neue Regierungen anerkannt werden, sondern auch Entscheidungen in Deutschland. Dieses Parlament steht in der Verantwortung vor dem Steuerzahler.

Die Ankündigung der griechischen Regierung lief zunächst auf etwas anderes hinaus. Die griechische Regierung hat kurz nach der Wahl angekündigt, dass sich jetzt alles

ändere. Sie hat ein Programm von knapp 27 Milliarden Euro zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit in Aussicht gestellt. Viele neue Beamte sollten eingestellt werden. Außerdem sollte es Strom und Heizung umsonst geben sowie eine 13. Rente und Ähnliches mehr. Meine Damen und Herren, zunächst gab es keine einzige Maßnahme zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das aber ist die entscheidende Voraussetzung. Es kommt nicht darauf an, in Griechenland in erster Linie soziale Gerechtigkeit neu zu justieren, sondern darauf, Investitionsbedingungen zu verbessern, sodass sich das Geld, das nach Griechenland fließt, irgendwann rentieren wird und wieder zurückkommt.

Übrigens sei hier gesagt: Das Niveau in Griechenland ist nicht so schlecht, wie es medial vermittelt wird. Nach allen Ankündigungen, die es auf europäischer Ebene gibt, hat Griechenland einen höheren Mindestlohn als Portugal aufzuweisen. Griechenland hat hinsichtlich der Rentenstruktur ein höheres Niveau als das Baltikum oder die Slowakei. Aus Sicht des griechischen Finanzministers Varoufakis sollen seine Kollegen im Euroraum bereit sein, für Griechenland zu zahlen. In den Ländern von manchen dieser Kollegen gibt es niedrigere Rentenniveaus als in Griechenland. Sie haben den griechischen Finanzminister gefragt: Wie sollen wir unseren Bürgern vermitteln, dass wir euch Zahlungen überweisen, obwohl ihr mehr habt? – Dazu hat Herr Varoufakis gesagt: Wenn ihr euch mit eurem Niveau abfindet, seid ihr selber schuld. – Solche Sätze haben keine Zukunft in der Eurozone. Das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Steinberger zu?

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Nein. – Insofern war die Einlassung der griechischen Regierung, um es einfach auszudrücken, falsch. Und die Ergebnisse in den ersten zehn darauffolgenden Tagen waren ja auch katastrophal. Steuereinnahmen sind in kurzer Zeit eingebrochen, und viele Menschen haben Geld von

ihren Konten abgehoben, weil sie besorgt waren, wie es weitergeht. Griechenland hat versucht, zu taktieren und zu tricksen. So wurden damals verschiedene Briefe nach Brüssel geschickt in der Hoffnung, es könne gehen.

Denken wir an die letzte Woche. Der Inhalt des ersten Briefes, der angekommen ist, war unzureichend und ungenügend. Unter der Führung von Deutschland, namentlich von Wolfgang Schäuble, wurde mit den europäischen Partnern entschieden, darauf zu antworten: So nicht!

Meine Damen und Herren, ich stelle klar: Griechenland ist mit der Position, einfach alles aufzukündigen, neu zu schreiben und erneut Schulden zu machen, in Europa gescheitert, an der Bundesregierung gescheitert und auch mit der Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung gescheitert. So kann es nicht sein; das akzeptieren wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt ist Griechenland zurückgerobbt. Als Erstes wurde anerkannt, dass die Bezeichnung nicht mehr "Troika" lautet, sondern "Institutionen". Das geschah eben nach dem Motto, das ich gestern erwähnt habe: Die Troika heißt jetzt Twix, und sonst ändert sich nix. – Es ist genau das Gleiche wie vorher. Vielleicht kontrollieren andere, doch die Struktur ist genau die gleiche. Und so musste Griechenland ziemlich alles an seinen Anfangswünschen ändern.

Man kann jetzt mit heißem Herzen die Frage stellen: Was erklären denn die dort in dem Parlament? – Wir sehen, was der griechische Regierungschef dort verkündet. Natürlich verunsichert und ärgert das den einen oder anderen. Nur, meine Damen und Herren, nicht jeder Unsinn, der in einem Parlament erzählt wird, muss unsere Entscheidungen prägen.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

- "Genau" gilt, wenn ich nach dort drüben sehe.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir müssen uns genau überlegen, was wir an dieser Stelle tun. Wie ist der Sachstand, um was geht es jetzt, heute oder auch morgen? Geht es darum, dass neues Geld fließt? Geht es darum, dass der "Grexit" beschlossen wird? – Lassen Sie uns auch hier sachlich sauber vorgehen. Jetzt geht es um die Frage, ob ein altes Programm auf seinen letzten Metern noch zu Ende geführt oder ob möglicherweise ein solches Programm so nicht fortgeführt wird. Das ist die eigentliche Frage. Es geht nicht um Anschlussprogramme. Es geht nicht um neue Zahlungen, die irgendwie neu bewilligt werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die kommen genauso sicher! Im Sommer geht es weiter!)

Es geht nur um die Frage: Was passiert jetzt? – Deswegen wird morgen nicht entschieden, das Geld auszuzahlen, sondern Folgendes ist festgehalten worden, und zwar abgesichert durch die Troika: Die Griechen haben eine Liste mit einigen Maßnahmen vorgelegt, die per se nicht schlecht sind. Allerdings muss man dazu sagen: Allein zu sagen, wir wollen von den Reichen noch mehr Steuern haben, und wir wollen gegen Korruption vorgehen, und wir wollen den Schmuggel beseitigen – das wäre eigentlich selbstverständlich -, genügt noch nicht, um die wirtschaftliche Reformfähigkeit des Landes fundamental zu stärken. Gegenstand der am meisten verbreiteten Idee sozialistischer Regierungen ist die Aufforderung: Nehmt das Geld irgendwie von den korrupten Reichen und gebt es den anständigen Sozialisten. – Dieses Modell hat noch nirgends allein funktioniert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch das sei einmal gesagt.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Brief aus Griechenland weist einige Schwachstellen auf. Diese Auffassung wird vom IWF, der EZB und der gesamten Bundesregierung geteilt, nicht nur von der CDU/CSU. Er hat die Schwachstellen, dass er keine konkreten Zeitpläne nennt, dass er

keine Kostenschätzung nennt, dass er letztlich nichts zur Finanzierbarkeit sozialer Wohltaten aussagt und dass er kein ernsthaftes Wirtschaftsreformprogramm anbieten kann.

Daher muss Griechenland nacharbeiten. Griechenland wird jetzt sozusagen die letzte Chance gegeben, genau nachzuarbeiten und noch einmal zu liefern. Das ist auch die europäische Philosophie. Nicht der deutsche Zeigefinger dringt darauf, sondern die gemeinsame europäische Überzeugung besagt, dass Griechenland in den nächsten Wochen liefern muss, dass Griechenland entscheiden muss und dass es eine Antwort auf die Alternativfrage geben muss, ob es die Bedingungen einhalten will oder nicht.

Klar ist heute auch: Ein "Grexit" würde vor allem Griechenland schaden und weniger Europa. Klar ist auch, dass die Ansteckungsgefahr infolge einer insgesamt veränderten Stabilitätskultur für den Euro schlechter wäre als ein Ausstieg Griechenlands. Aber eines muss ich Ihnen schon sagen. Es gibt Ideen, nach denen wir einfach mal so Parallelwährungen einführen sollen. Dazu sagt der ökonomische Sachverstand: Fast nirgendwo in der Welt gibt es Parallelwährungen. Ich habe nur eine gefunden: In Papua-Neuguinea ist neben der offiziellen Währung noch Muschelgeld zulässig, meine Damen und Herren. Das ist der ökonomische Sachverstand der FREIEN WÄHLER an dieser Stelle. Muschelgeldfantasien teilen wir nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU und Abgeordneten der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nürnberger Weckla gehen auch, Herr Söder!)

- Herr Aiwanger, Ihr Weltbild darf sich nicht nur auf einen Landkreis beschränken. Beim Thema Währung sieht man, dass ein Land wie Bayern im internationalen Verbund tätig ist. Wir haben weltweit tätige Unternehmen. Bitte benehmen Sie sich als Parlamentarier an dieser Stelle so, wie es für die Bayern angemessen ist. Das ist meine Erwartungshaltung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Zusammenfassend gesagt: Mit Bauchschmerzen, mit Skepsis, mit einem Gefühl, dass Vertrauen in die griechische Regierung nicht zu entwickeln ist, entscheidet Deutschland und entscheidet Europa im Verbund, und zwar im Konzert der Vernünftigen, sich für diese letzte Option, den Griechen die Chance zu geben nachzubessern. Letztlich entscheiden die Griechen selber, meine Damen und Herren. Aber wir lassen uns weder von lauten Sprüchen von links noch von Geschrei von der extremen Rechten in der Haltung beeindrucken, dass wir diesen Kontinent stabil halten wollen und deutsche Steuergelder im Auge haben und sagen: Am Ende müssen wir entscheiden. Jetzt ist die Entscheidung um eine gewisse Zeit vertagt. Doch eines ist ganz sicher: Spätestens Ende April kommt die Entscheidung. Die Griechen müssen wissen: Wir sind entschlossen, den Griechen eine Chance zu geben; aber ob die Chance genützt wird, liegt allein bei Griechenland.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von der Kollegin Steinberger. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich verwahre mich gegen Ihre Aussage, man soll von den reichen Griechen Geld wegnehmen, um es den armen Sozialisten zu geben. Das ist genauso populistisch wie das, was Sie den FREIEN WÄHLERN vorwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wenn man den reichen Griechen Geld wegnimmt, gibt man es den anderen, den armen Griechen, den Rentnerinnen und Rentnern, den Arbeitslosen, den Jugendlichen, allen Griechen, die unter der Sparpolitik gelitten haben.

Ich habe eine Frage.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben selbst zugegeben, dass die Sparpolitik in Griechenland nicht funktioniert hat, während sie in allen anderen Ländern in Europa gut funktioniert habe. So lautete Ihre Aussage. Unter anderem in Deutschland gab es diese Sparpolitik. In Deutschland gab es den Lohnverzicht; das ist richtig. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Verzicht geübt. Aber was haben wir in Deutschland noch gemacht? Haben wir in Deutschland wirklich nur gespart? Können Sie noch eine Aussage zu den Konjunkturpaketen und zur Abwrackprämie treffen? Haben wir hier denn nicht mit Investitionen unsere Wirtschaft wieder in Gang gebracht und nicht nur durch reines Sparen, wie Sie es immer propagieren?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Steinberger. – Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Liebe Frau Kollegin, zuerst einmal merke ich an: Bei Ihrem Versuch, Menschen in die Kategorien unanständig und anständig, korrupt und reich einzuordnen, haben Sie selber schon gemerkt, dass Sie aufs Glatteis kommen. Besonders ärgere ich mich über die Aussage: Alle Parlamentarier vor dieser kommunistischen Regierung waren korrupte, schlimme, schlechte Menschen. Ich halte das für keinen sehr respektvollen Umgang mit Parlamentariern in anderen Ländern. Man kann nicht von vornherein sagen, in Griechenland waren alle Politiker unanständig. Dass es insgesamt, unabhängig von den Parteien, im griechischen politischen System Probleme gab, ist wohl offenkundig. Wir werden sehen, wie die neuen Parlamentarier arbeiten werden. Die Aussage, die alte Steuerverwaltung habe noch nie funktioniert und werde erst funktionieren, wenn Herr Tsipras kommt, ist zumindest mutig. Nicht jeder vermögende Mensch ist ein unanständiger Mensch. Das möchte ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der CSU)

Glauben Sie mir, das würde Joschka Fischer sehr ärgern.

(Heiterkeit bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Jetzt bin ich dran. – Die Aussage, Sparpolitik habe in Griechenland nicht funktioniert, ist falsch. Wir haben gesagt, Griechenland ist schuld an seiner Situation. Die Regierung Samaras hat in den letzten Jahren jedoch viel unternommen und befand sich auf dem richtigen Weg. Deswegen wäre es falsch, diesen Weg einfach abubrechen. Das ist wie bei einer Diät. Der Jo-Jo-Effekt wäre fundamental schlecht. Deshalb glauben wir, Griechenland ist gut beraten, wenn es seinen Weg fortsetzt. Darauf werden wir drängen. Griechenland sollte nicht noch mehr soziale Wohltaten und Maßnahmen ergreifen, die das Land enorm zurückwerfen.

Jetzt komme ich zum Thema Investitionen. Ich nenne Ihnen ein Musterland, das zugleich sparen und investieren kann. Immer wieder höre ich: Kein Land ist in der Lage, Schulden zurückzuzahlen. Es gibt ein Fanal. Das ist der Freistaat Bayern. Wir machen beides.

(Beifall bei der CSU – Claudia Stamm (GRÜNE): Aus den Rücklagen!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Kollege Professor Dr. Piazzolo gemeldet. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, im Mai des Jahres 2000 hat die CSU dem Eintritt Griechenlands in die Eurozone nicht zugestimmt. Damals gab es 80 Enthaltungen und 40 Gegenstimmen. Soll ich Ihnen vorlesen, welche Parteien in Europa noch dagegen gestimmt haben? Soll ich Ihnen sagen, ob diese auf der rechten oder der linken Seite gestanden haben? – Das mache ich bewusst nicht, weil ich es für falsch halte, die gewählten Fraktionen in diesem Haus in rechte oder linke Ecken zu stellen, weil bestimmte Positionen vielleicht Ähnlichkeiten aufweisen. Ich werde auch nicht – das war in verschiedenen Zeitungen zu lesen – aus den Aschermittwochsreden der CSU zitieren und einzelne Sätze mit Sätzen von Par-

teilen am rechten Rand miteinander vergleichen. Ich glaube, das ist ein Umgang, den wir in diesem Haus vermeiden sollten.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich bitte um Bestätigung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Professor Dr. Piazzolo. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Piazzolo, nachdem Sie gesagt haben, was Sie alles nicht machen und vermeiden wollen, brauche ich auch nicht zu antworten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Diese wird in namentlicher Form durchgeführt. Die Urnen stehen bereit. Sie haben fünf Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 15.03 bis 15.08 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen später mitgeteilt. Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zwischenzeitlich komme ich zurück zu Tagesordnungspunkt 5 und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bestands-

und Qualitätssicherung von kleinen Grundschulen im ländlichen Raum I Modellversuche zulassen" auf Drucksache 17/3087 bekannt. Mit Ja haben 70 gestimmt. Mit Nein haben 84 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Nächstes Griechenland-Paket ablehnen!", Drucksache 17/5403 mitteilen: Mit Ja haben gestimmt 15, mit Nein haben gestimmt 130, und es gab sechs Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.02.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Nächstes Griechenlandpaket ablehnen! (Drucksache 17/5403)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin			X
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert			X
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander			X
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald			X
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia		X	
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	15	130	6